## Antrag 59/I/2021 Jusos LDK Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

## Empfehlung der Antragskommission Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

## Es ist nicht nur in deinem Kopf! Psychischen und physischen Folgen von Corona entgegenwirken

- Die Corona-Pandemie bestimmt seit fast einem Jahr un-
- seren Alltag. Wir bleiben zuhause, arbeiten wenn möglich
- von zuhause und schränken unsere direkten sozialen Kon-
- takte soweit wie nur möglich ein. Die Pandemie betrifft 4
- vor allem diejenigen, die an Corona erkrankt sind oder 5
- Freund\*innen oder Angehörige an die Krankheit verloren 6
- haben. Allerdings betreffen die notwendigen Maßnah-7
- men auch Menschen, die psychisch krank sind oder es im 8
- Laufe der Pandemie geworden sind. In Folge der Corona-
- Pandemie haben psychische Krankheiten deutlich zuge-10
- nommen. Der Mangel an Hilfsangeboten für psychische 11
- Gesundheit war bereits vor der Pandemie eklatant, wird
- nun aber noch deutlicher. Wir brauchen dringend Maß-13 14
- nahmen, um die psychische Gesundheit nach und wäh-
- rend der Corona-Pandemie zu fördern. Dies betrifft auch 15
- insbesondere die Arbeitswelt. 16

Auch wenn die heutigen Arbeitsverhältnisse mehrheitlich 18 19 nicht vergleichbar sind mit den Verhältnissen vor 50, 60 Jahren, so haben sie doch noch einen enormen Einfluss 20 auf die Gesundheit. Vor allem psychische Erkrankungen 21 nehmen in der Arbeitswelt eine größere Rolle ein. In den 22 Jahren zwischen 2006 und 2016 stieg die Zahl der Krank-23 24 schreibungen laut Angaben der AOK aufgrund von psy-

chischen Erkrankungen um mehr als 50% an. Während 25

des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 gab es auch eine 26 27

Zunahme von der Dauer der Krankschreibungstage auf-

grund von psychischen Erkrankungen.

28 29

17

Der Wandel der Arbeitswelt hin zu Arbeit 4.0 hat ebenfalls einen Einfluss. So wirken sich die zunehmende Flexibilisie-31 rung von Arbeitsverhältnissen und die steigende Arbeits-32 platzunsicherheit negativ auf die psychische Gesundheit 33 34 von Arbeitnehmer\*innen aus. In der Corona-Krise verloren 35 480.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, fast 2 Millionen Arbeitnehmer\*innen befanden und befinden sich teilweise immer noch in Kurzarbeit. Menschen, die in die Arbeits-37 losigkeit abrutschen, haben nicht nur finanzielle, sondern 38 auch psychische Sorgen. So ist bei einer steigenden Arbeitslosigkeit auch mit einem erhöhten Bedarf an profes-40 41 sionellen psychischen Unterstützungsangeboten zu rech-42 nen.

43

Hinzu kommt, dass durch die Corona-Pandemie viele 44 45 Menschen von heute auf morgen überwiegend von zuhause aus arbeiten mussten. Diese mangelnde räumliche 46 Trennung von Arbeitsplatz und Privatleben und die damit Wir fordern:

- die Erhöhung der Praxissitze für die psychotherapeutische und psychologische Versorgung auf ein den Bedarf deckendes Maß.
- · Die Einrichtung eines flächendeckenden Versorgungsnetzes in Berlin für die Behandlung von Corona-Spätfolgen in Zusammenarbeit mit bestehenden Rehakliniken, um Patient\*innen mit Langzeitfolgen bestmöglich zu versorgen und wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei sind neben körperlichen Aspekten besonders psychische Auswirkungen zu berücksichtigen.
- Betriebe müssen dazu verpflichtet werden, psychische Aspekte des Arbeitsschutzes stärker in ihre Konzepte der betrieblichen Gesundheitsförderung einzugliedern. Außerdem müssen psychische Entlastungen bei Arbeitsschutzbegehungen strenger kontrolliert werden.

einhergehende Entgrenzung der Arbeit führen ebenfalls zu einer steigenden psychischen Belastung. Der damit einhergehende Stress wird durch die mangelnde Digitali-sierung verstärkt. Fehlende digitale internetfähige Endge-räte sowie digitale Strukturen am Arbeitsplatz, die durch eigene Geräte der Arbeitnehmer\*innen ausgeglichen wer-den. Des weiteren führten die Pandemie-bedingten Schul-und Kitaschließungen zu einer extremen Doppelbelastung vieler Arbeitnehmer\*innen. Insbesondere Frauen sind hiervon betroffen, da diese nach wie vor die überwiegende Mehrheit an Hausarbeits- und auch emotionaler Sorgearbeit verrichten. Umfragen zeigen, dass Arbeitneh-mer\*innen im Home Office durchschnittlich mehr arbei-ten, als im Büro. Dies kombiniert mit den zuvor genannten Faktoren führt zu einer andauernden Überlastung, die zur psychischen Krankheiten, wie Burnout oder Depressio-nen, führen können. 

 Für Menschen, die an Corona erkrankt sind, sind die Auswirkungen auch auf ihre Arbeitsverhältnisse besonders drastisch. Jede\*r dritte Erkrankte leidet unter den Langzeitfolgen einer Corona-Erkrankung. Dazu gehören nicht nur Kopfschmerzen oder Kurzatmigkeit, sondern mitunter auch chronische Erschöpfung oder der Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns sowie neurologische Beschwerden. Ehemals erkrankte Arbeitnehmer\*innen können dadurch oft ihrem Arbeitsverhältnis nicht mehr wie gewohnt nachkommen. Es ist zwingend notwendig, dass diese Arbeitnehmer\*innen speziell auf sie zugeschnittene Unterstützungs- und Beratungsangebote erhalten, um weitere Funktions- oder finanzielle Verluste bestmöglich abzuwenden.

## Wir fordern daher:

- Die flächendeckende Einrichtung von Beratungszentren, um die psychologischen Folgen der Pandemie insbesondere am Arbeitsplatz entgegenzuwirken. Die Beratungen sollen insbesondere arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen die Arbeitgeber\*innen aufzeigen und niedrigschwellige psychologische Beratung spezifisch für Arbeitnehmer\*innen anbieten.
- Die Einrichtung von auf die psychischen Folgen von Corona spezialisierten Beratungszentren. Es müssen niedrigschwellige Anlaufpunkte zur psychologischen Behandlung für alle Menschen geschaffen werden, auch abseits des Arbeitskontexts. Eine telefonische oder Online-Beratung soll möglich sein. Hierbei sind insbesondere auch spezifisch Angebote für Kinder und junge Menschen zu schaffen. Auch chronisch Kranke und Risikogruppen, die sich während der Pandemie oft noch über die gesetzlichen Vorgaben hinaus einschränken und in besonderer

104

105

106

107108

109110

111

112

113114

115

116

117118

119120

121122

- Sorge um ihre Gesundheit sind, sollen besonders in
  den Blick genommen werden. Schulen wollen wir
  hierbei besonders als erste Anlaufpunkte einbinden.
  - Die Einrichtung eines flächendeckenden Versorgungsnetzes in Berlin für die Behandlung von Coronaspätfolgen in Zusammenarbeit mit bestehenden Rehakliniken, um Patient\*innen mit Langzeitfolgen bestmöglich zu versorgen und wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei sind neben körperlichen Aspekten besonders psychische Auswirkungen zu berücksichtigen.
  - Betriebe müssen dazu verpflichtet werden, psychische Aspekte des Arbeitsschutzes stärker in ihre Konzepte der betrieblichen Gesundheitsförderung einzugliedern. Außerdem müssen psychische Entlastungen bei Arbeitsschutzbegehungen strenger kontrolliert werden.
  - Die stärkere Einbindung der Krankenkassen in der Entwicklung, Schaffung und Bereitstellung von analogen und digitalen Mental Health Angeboten für ihre Versicherten, die einen niederschwelligen Zugang gewährleisten.